

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Hubertus Zdebel, Caren Lay, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Sabine Leidig, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Kontakte der Bundesregierung zu Energiewirtschaft und klimaschützender Zivilgesellschaft

Das historische Klimaschutzabkommen von Paris vom Dezember 2015 verpflichtet Deutschland (Ratifizierung September 2016) zu einem angemessenen und fairen Beitrag zum internationalen Klimaschutzziel, die globale Erderwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Ein wichtiger Teil dieses Beitrages ist die Umstellung der Energieproduktion von fossil auf erneuerbar. Widerstand gegen die notwendige Energiewende kommt aus der fossilen Energiewirtschaft und der Großindustrie, beide Sektoren sind bekannt für ihre professionelle Lobbyarbeit.

Die von der Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie eingebrachten Novellen haben in der 18. Legislaturperiode zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) als wichtigsten regulatorischen Rahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geführt, weg von staatlich festgelegten Ökostromvergütungen für Produzenten hin zu einem marktbasierten Ausschreibungsmechanismus für sogenannten EEG-Umlage. Politik, Wissenschaft und Erneuerbare-Energien-Branche sowie Umwelt-, Klima-, und Verbraucherschutzverbände bewerten die Energiepolitik der Großen Koalition in der 18. Legislaturperiode als weiterhin strukturell vorteilhaft für Großindustrie, fossile Energieunternehmen und Kohlekraftwerksbetreiber (vgl. BEE e. V.: EEG-Novelle bildet stärksten Rückschlag für Energiewende seit Atomwiedereinstieg, 4. Juli 2016, www.bee-ev.de/home/presse/mitteilungen/detailansicht/eeg-novelle-bildet-staerksten-rueckschlag-fuer-energie-wende-seit-atomwiedereinstieg/), während Klimaschutz und die Förderung dezentraler Bürgerenergie benachteiligt werden (vgl. NDR: EEG-Reform: Windenergie wird ausgebremst, 9. Juli 2016, www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/EEG-Reform-Wird-Windenergie-ausgebremst,energie-wende544.html).

Der zunächst mit starken und konkreten Klimaschutzmaßnahmen, vor allem im Energiebereich, ausgearbeitete unverbindliche Klimaschutzplan 2050 aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (www.klimaschutzplan2050.de/) zur Umsetzung und Erreichung der deutschen Klimaschutzziele in Übereinkunft mit dem Pariser Klimaschutzabkommen wurde nach starker Einflussnahme aus anderen Bundesministerien (Bundesministerium für Wirtschaft, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) und Kanzleramt sowie Wirtschaftsverbänden stark abgeschwächt (Süddeutsche Zeitung: Es war einmal ein Plan,

9. Oktober 2016, www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimaschutz-es-war-einmal-ein-plan-1.3241320).

Wir bitten die Bundesregierung, sich bei der Beantwortung der Fragen auf den Zeitraum nach der von der Fraktion DIE LINKE. gestellten Kleinen Anfrage „Kontakte der Bundesregierung zur Energiewirtschaft im Rahmen der Marktliberalisierung der Ökostromförderung“ (Bundestagsdrucksache 18/2469) zu Beginn der laufenden 18. Legislaturperiode und – wenn nicht anders formuliert – auf die Interessensvertretungen folgender Unternehmen, inklusive ihrer Tochterunternehmen, Unternehmensverbände und unternehmensnahe Vereine (im Folgenden „eingangs genannte Unternehmen und Verbände“) sowie folgender Nichtregierungsorganisationen und andere Akteure (im Folgenden „eingangs genannte Nichtregierungsorganisationen und andere Akteure“) zu beziehen:

Für den Bereich Energieunternehmen:

- 50Hertz Transmission GmbH
- ALSTOM Deutschland AG
- Amprion GmbH
- BP Europa SE
- EnBW Energie Baden-Württemberg AG
- Elia System Operator
- ENERCON GmbH
- ENTSO-E (European Network of Transmission System Operators for Electricity)
- E.ON SE
- E.ON Uniper
- erdgas mobil GmbH
- EWE AG
- Evonik Industries AG
- ExxonMobil Central Europe Holding GmbH
- Gasunie Deutschland GmbH
- juwi AG,
- RWE AG
- RWE Innogy AG
- Schaeffler AG
- Shell Deutschland GmbH
- Tennet Holding
- Tennet TSO GmbH
- TOTAL Deutschland GmbH
- TransnetBW GmbH
- Vattenfall Europe AG
- Verbundnetz Gas AG (VNG)

Für den Bereich erneuerbare Energien:

- Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE)
- Agentur für Erneuerbare Energien (AEE)

- Bundesverband Bioenergie (BBE)
- Bundesverband Windenergie (BWE)
- Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE
- Offshore-Wind-Industrie-Allianz (OWIA)
- Bundesverband Solarwirtschaft (BSW)
- Biogasrat+ - dezentrale energien
- Fachverband Biogas
- Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft (BDBe)
- Verband der deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB)
- Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID)–
- Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP)
- Deutscher Energieholz- und Pelletverband (DEPV)
- Deutsche Säge- und Holzindustrie (DESH)
- Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (agr)

Für den Bereich Erdgas/Erdöl:

- Außenhandelsverband für Mineralöl und Energie (AFM+E)
- Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland (MEW)
- Mineralölwirtschaftsverband (MWV)
- Bundesverband Freier Tankstellen und unabhängiger Deutscher Mineralölgändler (bft)
- Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen (UNITI)
- Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas (FNB Gas)
- Deutscher Verband Flüssiggas (DVFG)

Für den Bereich Kohle:

- Bundesverband Braunkohle (DEBRIV)

Für den Bereich Energietechnik/Energietechnologie:

- Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)
- Bundesverband Neuer Energieanbieter (BNE)
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA)
- Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI)
- Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK)
- Bundesverband Geothermie (GtV)
- Bundesverband Wärmepumpe (bwp)
- Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW)
- Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (VDE)
- Bundesverband Energiespeicher (BVES)

Für den Bereich Stadtwerke/Kommunen:

- Verband kommunaler Unternehmen (VKU)
- 8KU

- Europäischer Verband der unabhängigen Gas- und Stromverteilern (GEODE)
- Stadtwerke München
- Trianel GmbH

Für den Bereich Energieintensive Industrien:

- Energieintensive Industrien in Deutschland
- Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK)
- Verein Deutscher Zementwerke (vdz)
- Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (BBS)
- Verband der Chemischen Industrie (VCI)
- Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM)
- Wirtschaftsvereinigung Stahl

Für den Bereich Mobilität/Verkehr:

- Allgemeiner Deutscher Auto Club (ADAC)
- Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC)
- Bundesverband eMobilität (BEM)
- Bundesverband Solare Mobilität (bsm)
- Deutscher Wasser- und Brennstoffzellenverband (DWV)
- Mittelstandsverband abfallbasierter Kraftstoffe (MVaK)
- Verkehrsclub Deutschland (VCD)

Für den Bereich Energieagenturen/Verbraucherschutz:

- Deutsche Energie-Agentur (dena)
- Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands (eaD)
- Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)
- Fachverband Gebäude-Klima (FGK)

Für den Bereich Energieeffizienz:

- Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch (ASUE)
- Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF)
- Fachgemeinschaft für effiziente Energieanwendung (HEA)
- Energiesparnetzwerk (ESN)

Für den Bereich Handel/Vertrieb:

- Verband Deutscher Gas- und Stromhändler e. V. (EFET Deutschland)

Für den Bereich Nichtregierungsorganisationen:

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
- Deutscher Naturschutzring (DNR)
- Deutsche Umwelthilfe (DUH)
- Greenpeace
- Naturschutzbund Deutschland (NABU)

- WWF Deutschland
- klima-allianz Deutschland

Für den Bereich andere Akteure:

- Agora Energiewende
- ForschungsVerbund Erneuerbare Energien (FVEE)
- Forum für Zukunftsenergien
- Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea)
- Weltenergieerat - Deutschland e. V.
- Energieverein.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. An welchen Veranstaltungen, Sitzungen, Einzelgesprächen etc. der Bundesregierung der laufenden 18. Legislaturperiode, insbesondere des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Bundeskanzleramtes, nahmen vom Juli 2014 bis heute eine Vertreterin oder ein Vertreter der eingangs genannten Unternehmen und Verbände teil und wann genau (bitte unter Auflistung der entsprechenden Veranstaltungen, des genauen Datums sowie der Namen des Vertreters bzw. der Vertreterin)?
2. An welchen Veranstaltungen, Sitzungen, Einzelgesprächen etc. der Bundesregierung der laufenden 18. Legislaturperiode, insbesondere des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Bundeskanzleramtes, nahmen vom Juli 2014 bis heute eine Vertreterin oder ein Vertreter der eingangs genannten Nichtregierungsorganisationen und anderen Akteuren teil und wann genau (bitte unter Auflistung der entsprechenden Veranstaltungen, des genauen Datums sowie der Namen des Vertreters bzw. der Vertreterin)?
3. Zu welchen Kontakten zwischen Bundesregierung und einer Vertreterin oder einem Vertreter der eingangs genannten Nichtregierungsorganisationen und anderen Akteuren ist es während der Ausarbeitung des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung gekommen (bitte unter Auflistung der entsprechenden Veranstaltungen, des genauen Datums sowie der Namen des Vertreters bzw. der Vertreterin)?
4. In welchen Gremien der Einrichtungen, Gesellschaften etc., an denen der Bund beteiligt ist, bzw. an welchen Arbeitsgruppen der Bundesministerien war oder ist eines der eingangs genannten Unternehmen und Verbände inwiefern und durch welche Personen vertreten und/oder (gegebenenfalls vom Unternehmen/Verband beurlaubt) beschäftigt?
5. In welchen Gremien der Einrichtungen, Gesellschaften etc., an denen der Bund beteiligt ist, bzw. an welchen Arbeitsgruppen der Bundesministerien war oder ist eine der eingangs genannten Nichtregierungsorganisationen und anderen Akteuren inwiefern und durch welche Personen vertreten und/oder (gegebenenfalls vom Unternehmen/Verband beurlaubt) beschäftigt?
6. Teilt die Bundesregierung die folgende Einschätzung über die Gesprächspraxis der Bundesregierung auf Grundlage der Kleinen Anfrage (Bundestagsdrucksache 18/2469) bzw. wie bewertet sie diese: „Auch im ersten halben Jahr der großen Koalition dominieren die Stromkonzerne RWE und Eon, die in Deutschland vor allem Kohle- und Atomkraftwerke betreiben, und ihr Dachverband BDEW weiterhin die energiepolitischen Kontakte der Bundesregierung“ (siehe: Offene Türen für Kohle-Fans, TAZ, 10. September 2014, www.taz.de/!5033536/)?

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass sowohl Interessensvertreterinnen und Interessenvertreter fossiler Unternehmen als auch Interessensvertreterinnen und Interessenvertreter erneuerbarer Unternehmen ein gleichrangiger Zugang zu politischen Entscheidungsträgern gewährt werden sollte, und wenn ja, wie erklärt sie sich den anhaltend privilegierten Zugang ersterer in der 17. Legislaturperiode (Bundestagsdrucksache 18/140) und zu Beginn der 18. Legislaturperiode (Bundestagsdrucksache 18/2469)?
8. Wie erklärt sich die Bundesregierung die anteilmäßig geringe Gesprächsdichte mit Vertreterinnen und Vertretern der erneuerbaren Energiebranche im Verhältnis zur Gesprächsdichte mit Vertreterinnen und Vertretern der fossilen Wirtschaft und ihrer Interessensorganisationen?

Wie gedenkt sie, diese Praxis in Zukunft ausgeglichener zu gestalten?

Berlin, den 24. Februar 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

